09.09.2026

BDK INFO aktuell

12-2026

Von Nutznießern und Messerstechereien

Liebe Mitglieder,
oder sollte ich anders beginnen?

Liebe Nutznießerinnen und Nutznießer,

man kann über das BStabG streiten. Man muss sogar darüber streiten. Was man nicht muss: diejenigen herabsetzen, die tagtäglich dafür sorgen, dass aus unserem Gesundheitssystem tatsächlich Gesundheitsversorgung wird. Genau diese Grenze hat Bundeskanzler Friedrich Merz überschritten.

In der RTL-Sendung „Am Tisch mit Friedrich Merz“ konfrontierte die Kinderärztin Dr. Maria Bea Merscher den Bundeskanzler mit scharfer Kritik an der Gesundheitspolitik der Bundesregierung. Ihre Wortwahl war hart – vielleicht zu hart. Aber Frau Dr. Merscher ist nicht unbeteiligte Kommentatorin. Sie ist Ärztin und damit – wie wir alle – unmittelbar von politischen Entscheidungen betroffen, die bestimmen, unter welchen Bedingungen Patienten künftig noch versorgt werden können. Dass der Bundeskanzler ihre Wortwahl zurückweist, ist sein gutes Recht. Seine eigene Wortwahl allerdings war indiskutabel. Merz verwies auf gestiegene ärztliche Budgets und Gesundheitsausgaben von mehr als 500 Milliarden Euro und erklärte der Kinderärztin dann:

> *"Wir geben über 500 Milliarden Euro für unser Gesundheitssystem aus und da sind Sie als Teil dieses Gesundheitssystems auch Nutznießer, Sie als Ärztin. Sie könnten ohne dieses Gesundheitssystem nicht leben.“*

Man muss sich klarmachen, was hier gesagt wird! Natürlich leben Ärztinnen und Ärzte von ihrer Arbeit. Zahnärzte ebenso. Pflegekräfte, Physiotherapeuten, Psychotherapeuten oder Logopäden auch. Sie erhalten für ihre berufliche Tätigkeit eine Vergütung. Das macht sie nicht zu „Nutznießern“. Sie sind vielmehr diejenigen, die aus System Gesundheit machen. Ohne Ärztinnen und Ärzte, Zahnärztinnen und Zahnärzte, Pflegekräfte, Psychotherapeuten, Physiotherapeuten, Logopäden und die vielen anderen Gesundheitsberufe gäbe es weiterhin Krankenkassen, Beitragssätze, Budgets, Richtlinien, Ausschüsse, Ministerien und Verordnungen. Es gäbe sehr viel System. Aber keine Versorgung.

Selbstverständlich muss darüber gesprochen werden, was sich Deutschland dauerhaft leisten kann. Auch die Ärzte- und Zahnärzteschaft kann nicht verlangen, von jeder Sparmaßnahme verschont zu bleiben. Das hat sie auch nie getan. Budgetierungen, Degressionen, Honorarbremsen, Regresse, Kostendämpfung und immer neue Dokumentationspflichten: Die Leistungserbringer haben in den vergangenen Jahrzehnten viel mitgetragen – und weiterbehandelt. Gerade deshalb ist die Kritik am BStabG berechtigt. Es verlangt erneut erhebliche Einschnitte und verbindet diese mit der Erwartung, die Versorgung möge davon möglichst unberührt bleiben.

Die FinanzKommission Gesundheit hat – wir alle sind davon betroffen – für ihren Bericht sogar die Kategorie A* geschaffen: finanzielle Entlastung bei zugleich positiven Auswirkungen auf die Versorgungsqualität. Man muss auf die Vorstellung erst einmal kommen, weniger Ressourcen könnten die Versorgung besser machen. Dann überrascht vielleicht auch weniger, wenn diejenigen, die diese Versorgung erbringen, irgendwann nicht mehr als Partner, sondern als „Nutznießer“ betrachtet werden. Bundesgesundheitsministerin Nina Warken hat zumindest erkannt, was das BStabG den Menschen im Gesundheitswesen abverlangt. Sie hat es selbst als „Zumutung“ bezeichnet, die sie angesichts der Finanzlage für notwendig hält. Darüber kann man streiten. Hart sogar. Aber wer von einer Zumutung spricht, erkennt zumindest an, dass er anderen etwas zumutet.

Der Bundeskanzler geht einen bemerkenswerten Schritt weiter. Statt diejenigen, die das Gesundheitswesen tragen, dafür zu gewinnen, Belastungen im Interesse einer langfristig finanzierbaren Versorgung mitzutragen, erklärt er einer Ärztin – stellvertretend für alle anderen Menschen, die Tag für Tag Patienten versorgen, sie sei „Nutznießerin“ dieses Systems. Das ist eines Bundeskanzlers unwürdig. Vollkommen unabhängig davon, wie viel ärztliche, zahnärztliche, pflegerische oder therapeutische Arbeit einem solidarisch finanzierten Gesundheitssystem wert sein soll, verdient diese Arbeit Anerkennung und Respekt. Zumindest im Rahmen bekannter Sonntagsrhetorik, wenigstens mal auf dem Balkon klatschen. In dieser Form geringschätzt zu werden, respektlos behandelt zu werden, ist ungerecht. Und lautet nicht der Amtseid des Kanzlers auch, Gerechtigkeit gegen Jedermann zu üben? Bislang konnte man darüber streiten, wie hoch Budgets sein sollen, welche Leistungen extrabudgetär vergütet werden und welchen Beitrag die einzelnen Beteiligten zur Stabilisierung der GKV leisten müssen. Mit dem Vorwurf des „Nutznießers“ bekommt diese Diskussion eine andere Dimension. Es geht nicht mehr nur um Geld. Es wird persönlich. Manchmal reicht ein Funke, um einen Brand zu verursachen – und der Bundeskanzler spielt mit dem Flammenwerfer.

Um so bitterer ist es, dass wenige Tage später über einen Vorfall in einer Prais in Erlangen berichtet wurde. Ein 14jährige Patientin war der Auffassung, die Behandlung dauere schon zu lange – und zog ein Messer.

Wenn bereits Jugendliche glauben, eine medizinische Entscheidung mit einem Messer erzwingen zu können, müssen bei uns allen die Alarmglocken schrillen. Leider steht diese Verrohung exemplarisch für eine Entwicklung, die weit über die Kieferorthopädie hinausgeht: Ärztinnen und Ärzte, Zahnärztinnen und Zahnärzte, Pflegekräfte, medizinische und zahnmedizinische Fachangestellte sowie andere Gesundheitsberufe erleben zunehmend Beleidigungen, Drohungen und Aggressionen in ihrem beruflichen Alltag.

Es wäre selbstverständlich falsch, politische Äußerungen mit einem solchen konkreten Gewaltexzess in einen ursächlichen Zusammenhang zu bringen. Aber Sprache prägt gesellschaftliche Wahrnehmung. Wenn Beschäftigte im Gesundheitswesen Respekt und Schutz benötigen, sollten gerade diejenigen, die an der Spitze unseres Staates stehen, diesen Respekt auch sprachlich zum Ausdruck bringen. Ärztinnen und Ärzte als ‚Nutznießer' des Gesundheitssystems zu bezeichnen, trägt jedenfalls nicht dazu bei, die notwendige Wertschätzung für ihre Arbeit zu stärken. Hierauf haben wir in einer Pressemeldung Anfang dieser Woche deutlich hingewiesen, die Sie auf unserer Homepage finden.

Mit den besten Grüßen

Ihr
Dr. Hans-Jürgen Köning
1. Bundesvorsitzender